

Bünning, Mareike

Book Part — Published Version

Soziale Lagen und soziale Schichtung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Bünning, Mareike (2021) : Soziale Lagen und soziale Schichtung, In: Statistisches Bundesamt (Destatis) Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Ed.): Datenreport 2021 - Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, ISBN 978-3-8389-7209-1, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn, pp. 271-285

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/231789>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>



Sozialstruktur und soziale Lagen

8.1 Soziale Lagen und soziale Schichtung*

*Überarbeitung der Version, die 2013 von Roland Habich erstellt wurde.

Mareike Bünning
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)

WZB/SOEP

Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands sind regelmäßig Thema in der öffentlichen Debatte. Während sich die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik insgesamt positiv entwickelt hat, kommt dies nicht allen Menschen gleichermaßen zugute. Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Die Zahl der Menschen, die arbeitslos sind, stieg in den vergangenen Jahren tendenziell an (siehe Kapitel 6.2.2, Seite 224, und 6.3.2, Seite 232) und die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Im öffentlichen Diskurs wird vielfach die Sorge geäußert, dass damit auch eine emotionale Komponente einhergeht und sich insbesondere in Ostdeutschland immer mehr Menschen abgehängt beziehungsweise nicht mehr »mitgenom-

men« fühlen. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Kapitel die ungleiche Verteilung der Lebenschancen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der gesellschaftlichen Statushierarchie betrachtet. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, inwieweit sich die Sozialstruktur und die damit einhergehenden Lebensbedingungen in West- und Ostdeutschland 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung immer noch unterscheiden. ▶ [Info 1](#)

8.1.1 Soziale Lagen in Deutschland

Im Folgenden wird ein übergreifendes Bild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das auf die Konzepte der sozialen Lagen und der subjektiven Schichtestufung zurückgreift. Für die Unterscheidung von sozialen Lagen wird

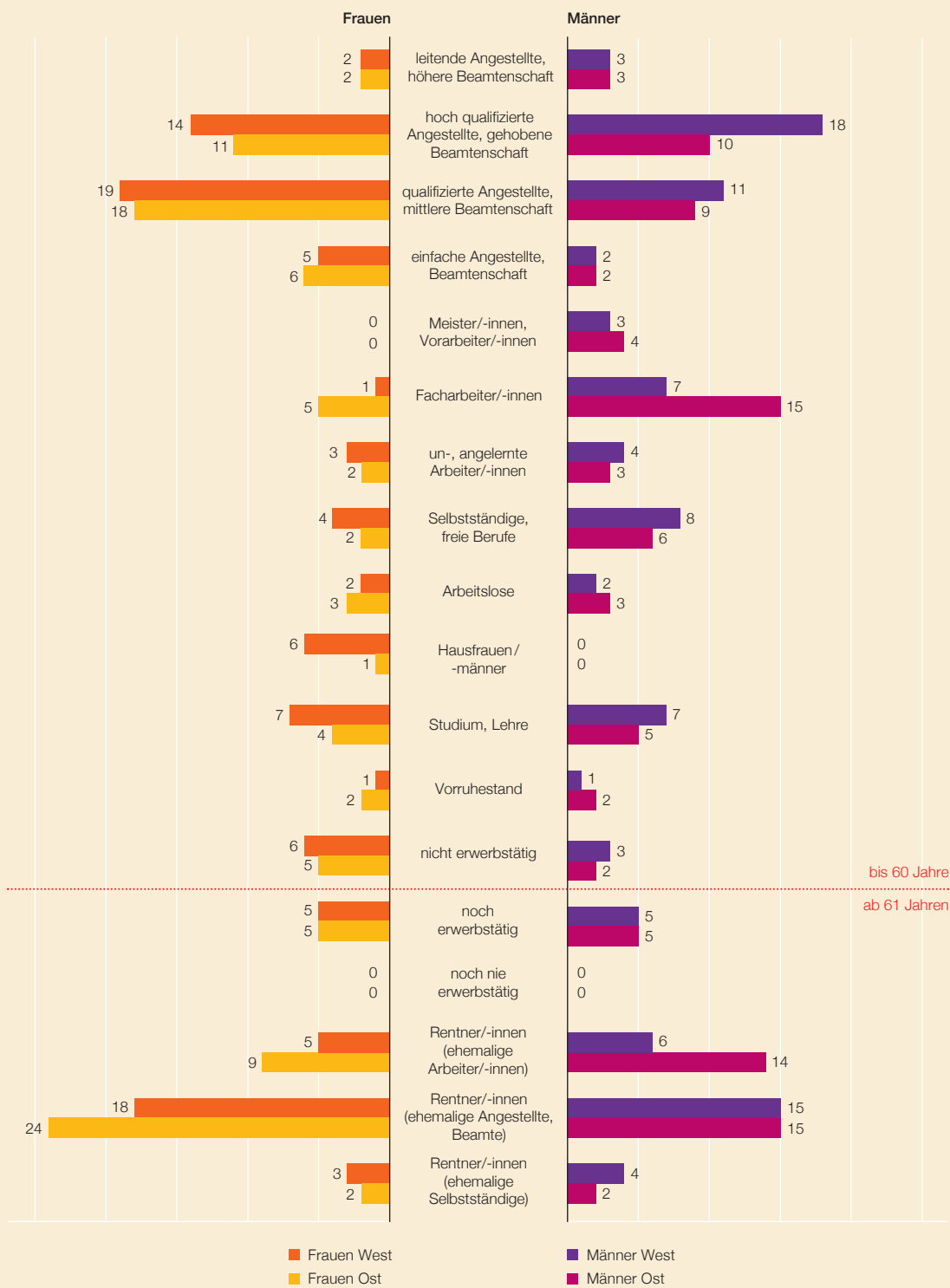
▶ [Info 1](#)

Soziale Lagen und soziale Schichten

Konzepte wie soziale Lagen und soziale Schichtung beziehen sich auf die vertikale Gliederung der Gesellschaft und werden zur Analyse von Strukturen sozialer Ungleichheit verwendet. Damit können die Positionen von Personen in einer Statushierarchie erfasst werden. Demnach ergeben sich aufgrund materieller Lebensbedingungen verschiedene typische Erwerbs- und Lebenschancen, die sich in einer sozialen Lage oder sozialen Schicht verdichten. Unterschiedliche soziale Lagen und soziale Schichten bieten also unterschiedliche und ungleich verteilte Lebenseinstellungschancen.

Soziale Schichtung bezeichnet generell eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich zum Beispiel in Einkommens-, Prestige- und Einflussdifferenzen ausdrückt. Das Konzept der sozialen Lagen bezieht neben klassischen Ungleichheitsdimensionen wie dem Erwerbsstatus weitere Indikatoren objektiver und subjektiv wahrgenommener Lebensbedingungen mit in eine multidimensionale Analyse sozialer Ungleichheit ein. Zunächst werden soziale Lagen nach dem Erwerbsstatus beziehungsweise Status der Nichterwerbstätigkeit unterschieden. Anschließend werden die sozialen Lagen in Bezug auf objektive Merkmale wie dem Einkommen und subjektive Merkmale wie der Lebenszufriedenheit verglichen.

► Abb 1 Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 2018 — in Prozent



► Tab 1 Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 1990/1991 und 2018 – in Prozent

	West		Ost		West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1990		1991		2018			
bis 60 Jahre								
Leitende Angestellte, höhere Beamtschaft	3	1	2	1	3	2	3	2
Hoch qualifizierte Angestellte, gehobene Beamtschaft	16	7	13	14	18	14	10	11
Qualifizierte Angestellte, mittlere Beamtschaft	11	14	5	22	11	19	9	18
Einfache Angestellte, Beamtschaft	3	8	4	9	2	5	2	6
Meister/-innen, Vorarbeiter/-innen	4	0	10	2	3	0	4	0
Facharbeiter/-innen	15	1	28	10	7	1	15	5
Un-, angelernte Arbeiter/-innen	4	2	3	2	4	3	3	2
Selbstständige, freie Berufe	8	4	7	5	8	4	6	2
Arbeitslose	2	2	7	10	2	2	3	3
Hausfrauen/-männer	0	25	0	3	0	6	0	1
Studium, Lehre	11	5	3	1	7	7	5	4
Vorruhestand	2	2	4	7	1	1	2	2
Nicht erwerbstätig	1	5	0	0	3	6	2	5
ab 61 Jahren								
Noch erwerbstätig	3	1	3	1	5	5	5	5
Noch nie erwerbstätig	0	6	0	1	0	0	0	0
Rentner/-innen (ehemalige Arbeiter/-innen)	3	5	2	4	6	5	14	9
Rentner/-innen (ehemalige Angestellte, Beamte)	10	11	8	10	15	18	15	24
Rentner/-innen (ehemalige Selbstständige)	4	2	2	2	4	3	2	2

Datenbasis: ALLBUS 1980–2012 kumuliert; ALLBUS 2018

die erwachsene Bevölkerung nach Alter (bis 60 Jahre, ab 61 Jahren) sowie nach ihrer Stellung zum und im Erwerbsleben aufgegliedert. Daraus ergeben sich insgesamt 18 soziale Lagen von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen, die zunächst für Männer und Frauen getrennt dargestellt werden. Im Blickpunkt dieses Kapitels steht die Sozialstruktur im Jahr 2018 in West- und Ostdeutschland. Durch den Vergleich mit dem Jahr 1990 können zudem die Richtung des sozialen Wandels insgesamt sowie insbesondere die sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland in der Zeit seit der deutschen Vereinigung betrachtet werden. Dabei richtet sich das Interesse vor allem darauf, inwieweit soziale Lagen einerseits mit objektiven Lebensbedingungen einhergehen und andererseits mit subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen verbunden sind. ► Abb 1, Tab 1

Die massiven Umwälzungen, die nach 1990 auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt

stattfanden, brachten weitreichende Konsequenzen für die Sozialstruktur mit sich. Während sich die DDR als vollbeschäftigte Arbeitsgesellschaft charakterisieren ließ, folgten für einen erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen im Verlauf der gesellschaftlichen Transformation nach der deutschen Vereinigung ungewollte Lebensphasen in Arbeitslosigkeit, Vorruhestand und Hausfrauenrolle. Im Zeitverlauf näherten sich die Beschäftigungsstrukturen in Ostdeutschland denen in Westdeutschland an.

Die Sozialstruktur Westdeutschlands veränderte sich im Vergleich dazu seit 1990 nur leicht. Die größte Ausnahme stellt die gestiegene Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben dar: Der Anteil der Hausfrauen ging seit 1990 um drei Viertel zurück. Parallel dazu stieg der Anteil von Frauen in qualifizierten und hoch qualifizierten Angestelltenpositionen deutlich an. Die Hausfrauenrolle ist aber auch heute noch in Westdeutsch-

land weiter verbreitet als in Ostdeutschland. Angesichts des demografischen Wandels nahm der Anteil an Rentnerinnen und Rentnern im Vergleich zu 1990 deutlich zu.

In beiden Landesteilen dominieren unter den Erwerbstätigen die Angestellten sowie Beamtinnen und Beamten. Während die alte Bundesrepublik bereits über einen längeren Zeitraum als eine »Angestelltengesellschaft« bezeichnet wurde, löste sich die ausgeprägte »Facharbeitergesellschaft« der damaligen DDR weitgehend auf, wenngleich bei den Männern Facharbeiterpositionen immer noch stärker und Angestelltenpositionen weniger verbreitet sind als in Westdeutschland.

Je nach sozialer Lage bieten sich unterschiedliche Chancen zur Lebensgestaltung. Die Ungleichheit in den objektiven Lebensbedingungen, die sich aus der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedenen sozialen Lagen ergibt, äußert sich unter anderem in Einkommensunterschieden,

► Tab 2 Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2018 — in Prozent

	Quintile des Haushaltseinkommens pro Kopf ¹						Wohneigentum ²		Eigene wirtschaftliche Lage	
	West			Ost			West	Ost	ist sehr gut/gut	
	unterstes	mittleres	oberstes	unterstes	mittleres	oberstes			West	Ost
bis 60 Jahre										
Leitende Angestellte, höhere Beamtschaft	0	12	56	0	24	19	57	69	88	81
Hoch qualifizierte Angestellte, gehobene Beamtschaft	3	13	42	3	18	35	59	61	86	89
Qualifizierte Angestellte, mittlere Beamtschaft	8	25	20	14	29	11	59	61	77	79
Einfache Angestellte, Beamtschaft	27	18	10	33	33	5	44	44	58	53
Meister/-innen, Vorarbeiter/-innen	8	21	15	0	41	9	65	75	85	83
Facharbeiter/-innen	6	30	9	19	34	2	60	53	58	62
Un-, angelernte Arbeiter/-innen	31	24	1	32	27	5	35	42	50	46
Selbstständige, freie Berufe	10	12	39	18	15	44	65	66	65	84
Arbeitslose	77	15	0	90	3	0	27	19	18	9
Hausfrauen/-männer	24	18	6	/	/	/	52	/	59,7	/
Studium, Lehre	49	15	4	47	23	0	42	33	60	65
Vorruhestand	18	23	18	43	29	5	70	52	43	19
Nicht erwerbstätig	61	12	2	60	9	0	41	32	48	53
ab 61 Jahren										
Noch erwerbstätig	12	17	40	13	19	25	76	76	75	66
Rentner/-innen (ehemalige Arbeiter/-innen)	36	16	1	43	12	0	60	52	72	54
Rentner/-innen (ehemalige Angestellte, Beamte)	14	22	23	16	31	5	73	53	83	80
Rentner/-innen (ehemalige Selbstständige)	30	11	11	44	28	0	81	64	70	64

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf. Zu Quintilen siehe Kapitel 6.2, Seite 223, Info 4.

² Anteil der Personen, die angaben, dass sie im eigenen Haus/in der eigenen Wohnung (auch Familienbesitz) wohnen.

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2018

im allgemeinen Lebensstandard – zum Beispiel gemessen am Wohneigentum – sowie in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Dabei zeigt sich, dass mit einer höheren Position in der hierarchischen Gesellschaftsstruktur erwartungsgemäß auch eine vorteilhaftere materielle Situation verbunden ist. Hoch qualifizierte oder leitende Angestellte und Beamte sowie Selbstständige befanden sich überdurchschnittlich oft im oberen Segment der Einkommensverteilung, während die Zugehörigkeit zu Arbeiterpositionen eher mit einem mittleren oder niedrigen Einkommen verbunden war. Am schlechtesten war es um die Einkommenssituation von Arbeitslosen bestellt; diese fanden sich insbesondere in Ostdeutschland nahezu ausschließlich im untersten Einkommensquintil wieder. Vergleicht man die finanzielle Situation

in Ost- und Westdeutschland, zeigt sich, dass Ostdeutsche in nahezu allen sozialen Lagen gegenüber Westdeutschen deutlich schlechter gestellt waren. Lediglich bei un- und angelernten Arbeiterinnen und Arbeitern, Selbstständigen und Nichterwerbstätigen gab es nur geringe Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen. ► Tab 2

Wohneigentum verdeutlicht als relevanter Indikator für den allgemeinen Lebensstandard, dass mit den differenzierten sozialen Lagen auch Unterschiede in den Möglichkeiten der Ressourcenverwendung einhergehen: In Ost- und Westdeutschland fanden sich unterdurchschnittliche Eigentümerquoten bei wenig qualifizierten Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten und Beamten, bei Studierenden, Nichterwerbstätigen und vor allem bei Arbeitslosen.

Die ungleichen materiellen Verhältnisse, die mit diesen sozialen Lagen verbunden sind, spiegeln sich auch in der subjektiven Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation wider. Während Personen in privilegierten sozialen Lagen ihre wirtschaftliche Situation vorwiegend als »sehr gut« oder »gut« bewerteten, fiel die Bewertung bei Personen in schlechteren sozialen Lagen erwartungsgemäß weniger günstig aus. Erneut besteht zwischen Arbeitslosen und allen anderen sozialen Lagen eine deutliche Kluft. In Ostdeutschland bewerteten darüber hinaus auch Personen im Vorruhestand ihre wirtschaftliche Lage nur selten als »sehr gut« oder »gut«.

Die subjektive Beurteilung des eigenen Anteils am allgemeinen Lebensstandard als »gerecht« (beziehungsweise »ungerecht«) variiert ebenfalls nach sozialer Lage. Es zeigt sich, dass vor allem Arbeits-

► Tab 3 Indikatoren der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2018

	Gerechter Anteil am Lebensstandard ¹		Einstufung auf der Oben-Unten-Skala ²		Allgemeine Lebenszufriedenheit ³		Bei dieser Zukunft keine Kinder mehr ⁴	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %		Durchschnittswert		Durchschnittswert		in %	
bis 60 Jahre								
Leitende Angestellte, höhere Beamtschaft	84	76	7,4	6,8	8,4	8,1	12,3	28,0
Hoch qualifizierte Angestellte, gehobene Beamtschaft	80	72	7,1	7,1	8,2	8,4	18,8	24,8
Qualifizierte Angestellte, mittlere Beamtschaft	70	53	6,5	6,5	7,9	7,8	29,1	32,4
Einfache Angestellte, Beamtschaft	47	30	5,9	5,8	7,5	7,1	49,4	48,9
Meister/-innen, Vorarbeiter/-innen	59	58	6,3	6,9	7,6	7,9	43,9	47,8
Facharbeiter/-innen	55	19	5,8	5,8	7,6	7,3	45,7	58,3
Un-, angelernte Arbeiter/-innen	42	31	5,7	5,4	7,6	6,5	51,3	52,0
Selbstständige, freie Berufe	75	70	6,8	6,9	7,7	8,3	19,1	27,3
Arbeitslose	44	16	4,6	4,5	6,2	5,1	62,2	70,0
Hausfrauen/-männer	56	/	6,1	/	7,9	/	37,7	/
Studium, Lehre	76	75	6,5	6,5	8,0	7,9	26,1	20,0
Vorruhestand	54	33	5,5	4,4	5,9	5,6	44,4	42,9
Noch nie/nicht erwerbstätig	54	41	5,5	5,3	7,0	7,2	40,9	41,7
ab 61 Jahren								
Noch erwerbstätig	70	32	6,8	6,3	7,9	7,6	17,2	39,2
Rentner/-innen (ehemalige Arbeiter/-innen)	61	30	5,7	5,8	7,9	7,2	51,2	56,5
Rentner/-innen (ehemalige Angestellte, Beamte)	73	58	6,6	6,2	8,2	7,9	21,3	37,9
Rentner/-innen (ehemalige Selbstständige)	74	36	6,6	5,6	8,4	7,1	16,7	47,6

1 Anteil »gerecht/mehr als gerecht«.

2 Mittelwerte auf der Oben-Unten-Skala von 1 bis 10.

3 Mittelwerte auf Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

4 Zustimmung zur Aussage »So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen.«

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2018

lose, aber auch Personen in einfachen Arbeiter- oder Angestelltenpositionen sowie Facharbeiterinnen und Facharbeiter in Ostdeutschland seltener als andere einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten glaubten. Nur 44 % der Arbeitslosen in Westdeutschland und 16 % in Ostdeutschland betrachteten ihren Anteil am Lebensstandard als gerecht. In Ostdeutschland betrachteten auch ältere Menschen mit Ausnahme der ehemaligen Angestellten und Beamten ihren Anteil am Lebensstandard vergleichsweise selten als gerecht. Grundsätzlich sahen Ostdeutsche über fast alle Lagen hinweg ihren Lebensstandard im Vergleich zu Westdeutschen seltener als gerecht an. ► Tab 3

Die einzelnen sozialen Lagen repräsentieren auch unterschiedliche soziale Positionen in der subjektiv wahrgenommenen vertikalen Gliederung der Gesell-

schaft, wie an der Selbsteinstufung auf der »Unten-oben-Skala« (1 bis 10) abzulesen ist. Am höchsten ordneten sich erwartungsgemäß leitende und höhere Angestellte und Beamte, Selbstständige sowie Meisterinnen und Meister ein, aber auch diejenigen, die in ihrem zurückliegenden Erwerbsleben eine solche Position ausgeübt hatten (Rentnerinnen und Rentner) oder den Aufstieg in eine entsprechende Position für die Zukunft erwarteten (noch in Ausbildung). Am unteren Ende ordneten sich dagegen einfache Angestellte, (ehemalige) un- und angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Arbeitslose, Nichterwerbstätige und Personen im Vorruhestand, aber auch Facharbeiterinnen und Facharbeiter ein. Die Differenz zwischen den sozialen Lagen mit der höchsten und niedrigsten Einstufung betrug in beiden Landesteilen fast

drei Skaleneinheiten. In den meisten sozialen Lagen stuften sich Ostdeutsche und Westdeutsche ähnlich ein. Insbesondere Personen im Vorruhestand und ehemalige Selbstständige, aber auch leitende Angestellte und noch erwerbstätige ältere Menschen stuften sich im Westen deutlich höher ein als im Osten. Meisterinnen und Meister sowie Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter hingegen stuften sich in Ostdeutschland höher ein.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist das bilanzierende Maß der Bewertung aller Lebensumstände. Hier wird noch deutlicher als bei der wahrgenommenen sozialen Position in der gesellschaftlichen Hierarchie, dass mit den verschiedenen sozialen Lagen auch ein unterschiedlich hohes Niveau an Lebensqualität verbunden ist. Auch hier betrug die Differenz zwischen den sozialen Lagen mit der

höchsten und niedrigsten Einstufung 2,5 Skalenpunkte in Westdeutschland und sogar mehr als 3 Skalenpunkte in Ostdeutschland. Tendenziell ist die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland etwas geringer als in Westdeutschland. Selbstständige hingegen gaben in Ostdeutschland deutlich höhere Zufriedenheitswerte an als in Westdeutschland.

Auch bezüglich der Erwartungen an zukünftige Entwicklungen zeigen sich deutliche Unterschiede nach sozialer Position. Insbesondere Arbeitslose, ein-

fache Angestellte, (ehemalige) Arbeiterinnen und Arbeiter, Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowie Meisterinnen und Meister blickten pessimistisch in die Zukunft. Sie waren zu großen Teilen der Ansicht, so wie die Zukunft aussehe, könne man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen. Personen in leitenden und hoch qualifizierten Angestelltenpositionen sowie Selbstständige teilten diese Ansicht hingegen eher selten. Zudem war Zukunftspessimismus in Ostdeutschland über nahezu alle sozialen

Lagen hinweg weiter verbreitet als in Westdeutschland. Nur Studierende und Auszubildende im Osten schätzten die Zukunft optimistischer ein als im Westen.

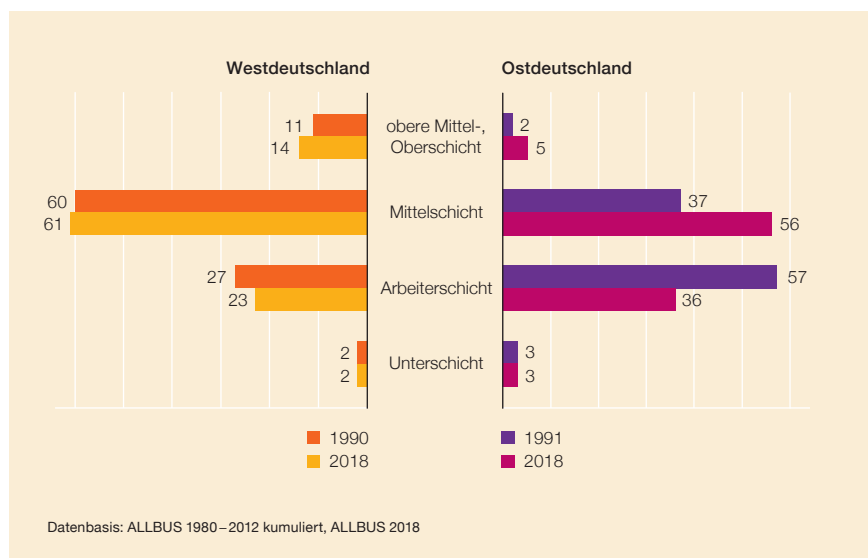
8.1.2 Subjektive Schichtzugehörigkeit

Eine relevante Ergänzung des im Wesentlichen auf objektiven Informationen zur Stellung zum und im Erwerbsleben beruhenden Bildes der sozialen Lagen liefern Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status und ihre Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten und welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen.

In Westdeutschland ordnete sich im Jahr 2018 knapp ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung der Unter- oder Arbeiterschicht zu, knapp zwei Drittel der Mittelschicht und ein Siebtel der oberen Mittel- oder Oberschicht. Im Vergleich zu 1990 stufen sich etwas mehr Personen in die obere Mittel- und Oberschicht ein, etwas weniger Personen in die Arbeiterschicht. Die Veränderungen in Ostdeutschland sind deutlich stärker. 1991 ordnete sich noch über die Hälfte der Bevölkerung der Arbeiterschicht zu, nur ein gutes Drittel fühlte sich der Mittelschicht zugehörig. Inzwischen hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Mit 5 % identifizierten sich 2018 zudem etwas mehr Ostdeutsche mit der oberen Mittel- und Oberschicht als noch 1991. Der Unterschicht im engeren Sinne ordnete sich in West- wie Ostdeutschland 2018 mit 2 beziehungsweise 3 % nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung zu. ▶ [Abb 2](#)

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich von West- und Ostdeutschland ergeben, sind damit auch heute noch bemerkenswert, obwohl sie sich deutlich verringert haben. Die in den früheren Jahren in Ostdeutschland zu beobachtende pyra-

▶ **Abb 2** Subjektive Schichtzugehörigkeit 1990/1991 und 2018 — in Prozent



▶ **Tab 4** Subjektive Schichtzugehörigkeit in Deutschland 1980–2018 — in Prozent

	Unterschicht	Arbeiterschicht	Mittelschicht	obere Mittel-/Oberschicht
Westdeutschland				
1980	1	30	59	10
1991	1	24	62	13
2000	1	30	59	10
2010	3	23	62	13
2018	2	23	61	14
Ostdeutschland				
1991	3	57	37	2
2000	2	49	45	3
2010	4	38	51	6
2018	3	36	56	5

Datenbasis: ALLBUS 1980–2012 kumuliert; ALLBUS 2018

midenförmige Schichtstruktur einer Arbeitergesellschaft näherte sich allmählich der zwiebelförmigen – für Mittelschichtgesellschaften charakteristischen – Verteilung in Westdeutschland an. Diese Entwicklung deutet für Ostdeutschland somit auf einen signifikanten Wandel in der Wahrnehmung der eigenen Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft hin. ▶ Tab 4

Betrachtet man die Entwicklung in Westdeutschland seit 1980, zeigt sich hingegen, dass die subjektive Schichteinstufung hier über die vergangenen 36 Jahre weitgehend unverändert blieb und außer zyklischen Schwankungen kein Trend zu beobachten ist. Aktuelle Thesen über das Entstehen einer »neuen Unterschicht« und ein erhebliches Schrumpfen der Mittelschicht finden somit zumindest auf Grundlage der subjektiven Schichtidentifikation weder für Ost- noch für Westdeutschland empirische Bestätigung.

Die subjektive Schichtzugehörigkeit wird nicht nur von objektiven Faktoren bestimmt, sondern hängt darüber hinaus von dem jeweils zugrunde liegenden Bezugsrahmen und den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben ab. Dennoch bestimmt der faktische sozioökonomische Status beziehungsweise die soziale Lage maßgeblich die subjektive Schichteinstufung. Personen, die eine Arbeiterposition einnehmen oder früher eingenommen haben (Rentnerinnen und Rentner), identifizierten sich – insbesondere in Ostdeutschland – auch subjektiv tendenziell mit der Arbeiterschicht. Personen mit einem Angestellten- oder Beamtenstatus sowie Selbstständige ordneten sich dagegen mit überwiegender Mehrheit der Mittelschicht zu. Eine Ausnahme bilden lediglich die einfachen Angestellten, die sich in Ostdeutschland eher der Arbeiterschicht zugehörig fühlten. In die obere Mittel- und Oberschicht

stufen sich insbesondere leitende und höhere Angestellte und Beamte sowie Selbstständige ein. ▶ Tab 5

Ostdeutsche identifizierten sich im Vergleich zu Westdeutschen auch im Jahr 2018 noch über nahezu alle sozialen Lagen hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht und zu geringeren Teilen mit der Mittel- oder gar der Oberschicht. Dieser Befund deutet darauf hin, dass sich die weiterhin bestehenden auffälligen Ost-West-Differenzen in der subjektiven Schichteinstufung nur partiell durch Unterschiede in der Verteilung auf die verschiedenen Statuslagen erklären lassen. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Schichtungsgefüges deshalb tendenziell niedriger einstuft, weil sie sich nach wie vor mit der westdeutschen vergleicht und aus dieser Perspektive Statusdefizite wahrnimmt.

▶ Tab 5 Subjektive Schichtzugehörigkeit nach sozialen Lagen 2018 — in Prozent

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Unter-/Arbeiter-schicht	Mittelschicht	obere Mittel-/Oberschicht	Unter-/Arbeiter-schicht	Mittelschicht	obere Mittel-/Oberschicht
bis 60 Jahre						
Leitende Angestellte, höhere Beamenschaft	7	60	33	8	77	15
Hoch qualifizierte Angestellte, gehobene Beamenschaft	9	60	30	10	75	15
Qualifizierte Angestellte, mittlere Beamenschaft	20	72	8	26	66	8
Einfache Angestellte, Beamenschaft	47	51	1	64	36	0
Meister/-innen, Vorarbeiter/-innen	44	51	5	42	58	0
Facharbeiter/-innen	54	45	1	69	31	0
Un-, angelernte Arbeiter/-innen	76	24	0	77	23	0
Selbstständige, freie Berufe	15	59	27	19	67	14
Arbeitslose	59	41	0	66	34	0
Hausfrauen/-männer	33	62	5	/	/	/
Studium, Lehre	22	58	20	21	69	10
Vorruhestand	33	59	7	52	43	5
Noch nie/nicht erwerbstätig	49	49	2	62	32	6
ab 61 Jahren						
Noch erwerbstätig	20	59	21	40	54	6
Rentner/-innen (ehemalige Arbeiter/-innen)	58	42	0	74	26	0
Rentner/-innen (ehemalige Angestellte, Beamte)	12	75	14	21	77	2
Rentner/-innen (ehemalige Selbstständige)	11	70	19	30	70	0

/ Fallzahl zu gering.
Datenbasis: ALLBUS 2018

8.2 Einkommensgerechtigkeit in Deutschland und Europa

Jule Adriaans, Stefan Liebig
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

WZB/SOEP

Die Entwicklung der Einkommensunterschiede in Deutschland ist regelmäßig Gegenstand öffentlicher Debatten: Die einen brandmarken jegliche noch so kleine Zunahme an Einkommensungleichheit und sehen darin einen weiteren Beweis für die Ungerechtigkeit der Gesellschaft. Andere verweisen darauf, dass das Ungleichheitsniveau in Deutschland gegenüber anderen Ländern eher moderat sei und angesichts dessen kein Grund zur Besorgnis bestehe. Es finden sich aber auch Stimmen, die Einkommensungleichheiten als notwendigen Bestandteil einer (sozialen) Marktwirtschaft sehen, weil Unterschiede in den individuellen Talenten, den getätigten Investitionen in die eigene Ausbildung oder auch der Leistungsbereitschaft honoriert werden müssten. Antworten auf die Frage, ob Einkommensungleichheiten groß oder klein, gut oder schlecht, gerecht oder ungerecht sind, hängen dabei immer auch von der normativen Perspektive ab, aus der diese beleuchtet werden. Die empirische Gerechtigkeitsforschung zeigt: Menschen unterscheiden sich in ihrer Präferenz für bestimmte Verteilungen und Verteilungsregeln und damit letztendlich auch in ihrer Bewertung der Einkommensverteilung. Diese subjektiven normativen Präferenzen und Gerechtigkeitsbewertungen stehen im Fokus dieses Beitrags.

8.2.1 Unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe für eine gerechte Einkommensverteilung

Ob Ungleichheiten als gerecht oder ungerecht bewertet werden, hängt davon ab, ob die Verteilungsergebnisse den normativen Vorstellungen, nach welchen Prinzipien Güter und Lasten in einer Gesellschaft verteilt werden sollten, zuwiderlaufen oder damit übereinstimmen. Auch wenn individuelle Vorstellungen von Gerechtigkeit durchaus heterogen sind, können vier grundlegende Verteilungsprinzipien unterschieden werden: Gleichheit, Bedarf, Leistung und Anrecht.

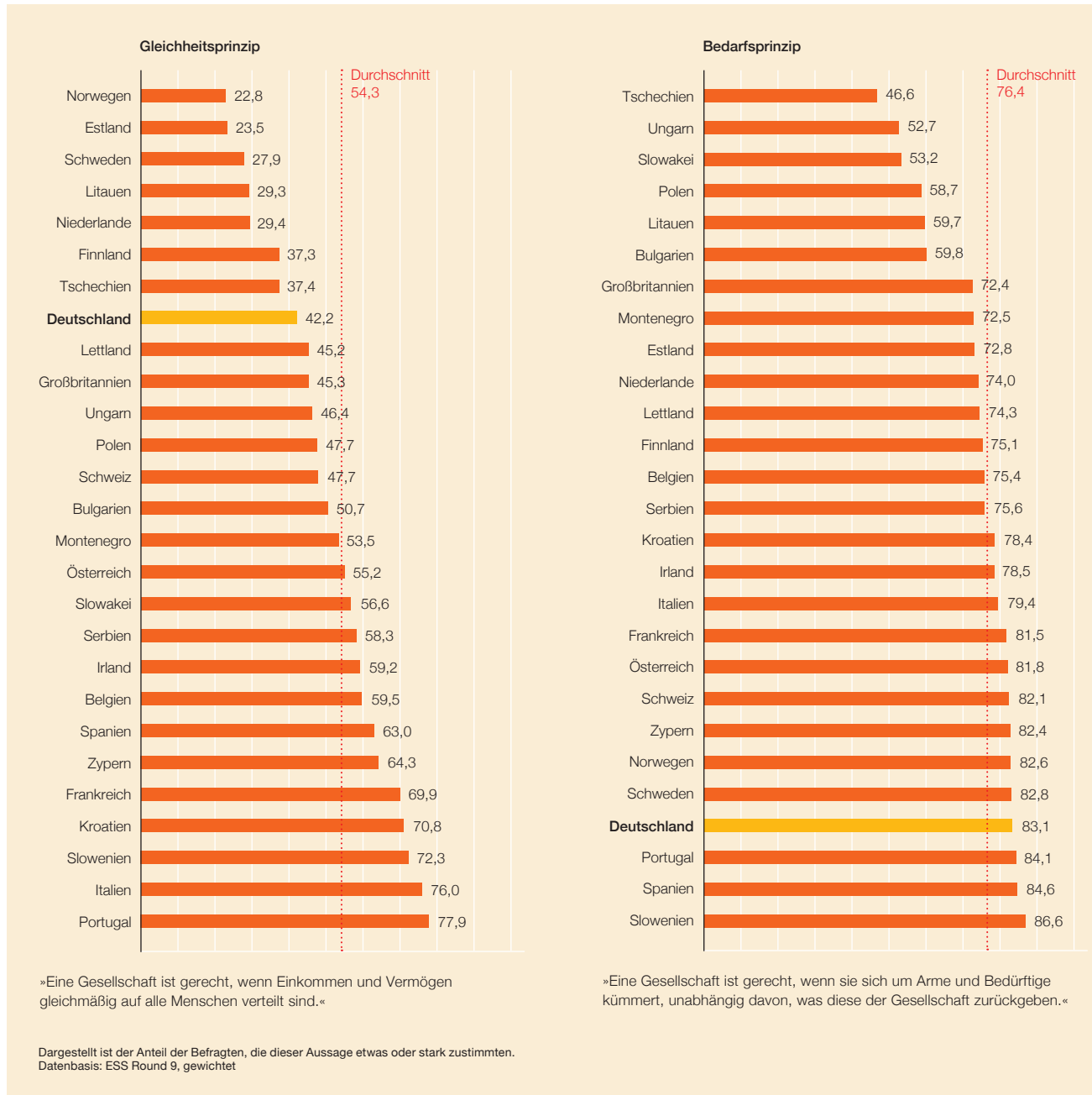
Das Gleichheitsprinzip verlangt, Güter und Lasten in einer Gesellschaft

gleich zu verteilen. Stark ausgeprägte Einkommensungleichheiten laufen diesem Prinzip zuwider. Das Bedarfsprinzip setzt auf eine Verteilung, die individuell unterschiedliche Bedarfe anerkennt. Das Leistungsprinzip hingegen fordert, dass diejenigen in einer Gesellschaft mehr erhalten sollten, die höhere Leistungen erbringen. Ungleichheiten, die auf Leistungsunterschiede zurückzuführen sind, können demnach durchaus als gerecht bewertet werden. Gemäß des Anrechtsprinzips sollten Güter und Lasten auf Basis von Statusmerkmalen wie Familienansehen, Herkunft oder in der Vergangenheit Erreichtem verteilt werden.

In der 2018/2019 durchgeführten 9. Welle des European Social Survey (ESS) wurden Personen aus 27 europäischen Ländern auch zu ihren Gerechtigkeits Einstellungen befragt. Auf einer Skala von 1 »stimme stark zu«, 2 »stimme etwas zu«, 3 »weder noch«, 4 »lehne etwas ab« und 5 »lehne ganz ab« konnten die Befragten ihre Ablehnung oder Zustimmung zu den vier Verteilungsprinzipien angeben. In Abbildung 1 ist dargestellt, wie hoch der Anteil derjenigen ist, die den jeweiligen Prinzipien entweder etwas oder stark zustimmten. Für das Gleichheitsprinzip gab es im europäischen Durchschnitt mit rund 54 % Zustimmung eine knappe Mehrheit, allerdings unterschieden sich die Länder hier deutlich. Während in Norwegen nur rund ein Viertel (23 %) der Befragten die Verteilung von Gütern und Lasten nach dem Prinzip der Gleichheit unterstützte, waren es in Portugal mehr als drei Viertel (78 %). In Deutschland unterstützten rund 42 % der Befragten das Gleichheitsprinzip und lagen damit deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. ▶ [Abb 1](#)

Beim Bedarfsprinzip hingegen gehört Deutschland mit 83 % zu den Ländern, in denen sich die im europäischen Vergleich stärkste Zustimmung zur Verteilung der Güter nach individuellem Bedarf fand. Insgesamt zeigt sich für das Bedarfsprinzip auch im europäischen Durchschnitt eine breite Zustimmung (76 %).

► Abb 1 Zustimmung zu verschiedenen Verteilungsprinzipien im europäischen Vergleich 2018/2019 – in Prozent



83

Prozent betrug 2018/2019 der Anteil der Befragten in Deutschland, die einer Verteilung der Güter nach individuellem Bedarf als Grundlage einer gerechten Gesellschaft zustimmen. Somit lag Deutschland mit fast 7 Prozentpunkten deutlich über dem europäischen Durchschnitt.



► Abb 1 (Fortsetzung) Zustimmung zu verschiedenen Verteilungsprinzipien im europäischen Vergleich 2018/2019 – in Prozent



»Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere.«

»Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen.«

Dargestellt ist der Anteil der Befragten, die dieser Aussage etwas oder stark zustimmen.
Datenbasis: ESS Round 9, gewichtet

Lediglich in Tschechien fand sich mit 47 % keine mehrheitliche Zustimmung.

Das Leistungsprinzip ist ein zentraler normativer Pfeiler moderner Gesellschaften. Wer mehr leistet, sollte auch mehr bekommen. Wenig überraschend fand das Leistungsprinzip als Grundlage einer

gerechten Gesellschaft in ganz Europa eine breite Zustimmung. Deutschland liegt mit einer Zustimmungsrates von 86 % deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 81 %.

Während Leistung als gerechtes Verteilungskriterium hohe Anerkennung

genoss, fand eine Verteilung nach dem Anrechtsprinzip – also auf Basis zugeschriebener oder erworbener Statusmerkmale – kaum Unterstützung in Europa. Im europäischen Durchschnitt stimmte lediglich jede/jeder Achte (13 %) dem Anrechtsprinzip zu. Deutschland liegt

► Info 1

Datengrundlage

Der European Social Survey (ESS) ist eine länderübergreifende Befragung, die seit 2002 alle zwei Jahre in vielen europäischen Ländern durchgeführt wird. In der 2018/2019 durchgeführten 9. Welle des ESS, wurden Personen aus 27 europäischen Ländern zu ihren Gerechtigkeitseinstellungen befragt. Im Fokus stand unter anderem die Gerechtigkeitsbewertung von Einkommen. Die Bewertung erfolgte dabei jeweils über eine 9-stufige Skala, die zwischen ungerechterweise zu niedrigen, gerechten und ungerechterweise zu hohen Einkommen unterscheidet. Die Skala verläuft von -4 bis +4, wobei negative Werte ungerechte Unterbezahlung und positive ungerechte Überbezahlung anzeigen. Der Skalenmittelpunkt 0 gibt an, dass ein Einkommen als gerecht bewertet wird. In Deutschland wurden dafür 2 358 Personen befragt; in ganz Europa waren es insgesamt rund 47 000 Menschen, die an der Befragung teilgenommen haben. Die 9. Welle des ESS stellt damit repräsentative Befragungsdaten zur Verfügung, die einen einmaligen, vergleichenden Einblick in die Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Europa erlauben.

Als zweite Datenquelle dient das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Das SOEP ist eine jährlich am DIW Berlin durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte und Personen in Deutschland. Das SOEP deckt eine Vielzahl von Themen ab: 2017 und 2019 wurden die Personen dazu befragt, als wie gerecht oder ungerecht sie ihr eigenes Einkommen bewerten. Die hier berichteten Ergebnisse beruhen auf rund 30 000 Angaben. Ähnlich wie beim ESS konnten die erwerbstätigen Befragten abstufen, ob sie ihr Einkommen als ungerecht zu niedrig, gerecht oder ungerecht zu hoch bewerten. Zusätzlich dazu wurden sie gebeten anzugeben, wie hoch ihr tatsächliches Einkommen ausfällt und wie hoch ein gerechtes Einkommen für sie persönlich aussehen sollte.

hier genau im europäischen Mittelfeld. Auch wenn in der Slowakei und in Irland die Zustimmungsraten fast ein Drittel (30 %) erreichten, spielte das Anrechtsprinzip für die Bürgerinnen und Bürger in Europa eher eine geringere Rolle für eine gerechte Verteilung von Gütern und Lasten.

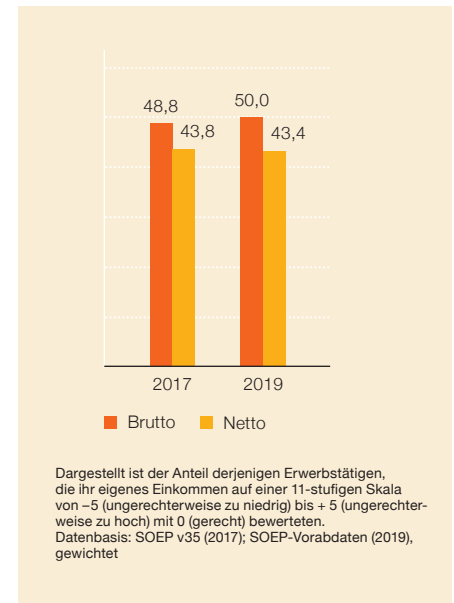
Insgesamt zeigt der Vergleich der 27 europäischen Länder, dass sowohl das Leistungs- als auch das Bedarfsprinzip die Vorstellungen der Menschen von einer gerechten Verteilung der Güter und Lasten in einer Gesellschaft mehrheitlich prägt. Beide Prinzipien schließen sich also keineswegs aus. Vielmehr geht die Erwartung, dass individuelle Leistungen belohnt werden sollten, mit einer breiten Befürwortung des Prinzips einher, dass eine grundlegende Bedarfsabsicherung Teil einer gerechten Gesellschaft ist. In Deutschland finden das Leistungs- und Bedarfsprinzip besonders hohe und mehrheitliche Zustimmung, das Gleichheitsprinzip hingegen nicht.

8.2.2 Wahrnehmung des eigenen Einkommens als gerecht

Bei den Gerechtigkeitsprinzipien Gleichheit, Bedarf, Leistung und Anrecht handelt es sich um abstrakte normative Verteilungsprinzipien, also um Vorstellungen darüber, wie eine gerechte Gesellschaft ihre Güter und Lasten idealerweise verteilen sollte. Wie jedoch steht es um die Gerechtigkeitswahrnehmung in Deutschland, wenn es ganz konkret um das eigene Einkommen geht? Wird dieses als gerecht empfunden? Um sich dieser Frage zu nähern, werden hier neben den Ergebnissen des European Social Survey Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 2017 und 2019 verwendet. ► Info 1

In den Jahren 2017 und 2019 empfand knapp die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland das eigene Bruttoeinkommen – also das Einkommen, das sie ohne Abzüge von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen bekommen – als gerecht. Dieser Anteil fällt deutlich niedriger aus,

► Abb 2 Anteil der Erwerbstätigen in Deutschland, die ihr Brutto- und Nettoeinkommen als gerecht ansehen 2017 und 2019 — in Prozent



wenn das Nettoeinkommen – also das Einkommen nach Abzügen und Steuern – beurteilt wird. Hier lag der Anteil der Erwerbstätigen, die ihr Nettoeinkommen als gerecht empfinden, 2017 bei rund 44 % und im Jahr 2019 bei etwa 43 %. Damit empfand zwar fast jede/jeder Zweite in Deutschland die Höhe des eigenen Einkommens als gerecht; im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass die andere Hälfte der Erwerbstätigen Ungerechtigkeit in Bezug auf das eigene Einkommen wahrnimmt. Dabei gilt, dass der Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen den Anteil derjenigen, die ihr Einkommen als ungerecht empfinden, erhöht. ► Abb 2

In den repräsentativen Befragungsdaten des European Social Survey (ESS) zeigt sich, dass Deutschland bei der wahrgenommenen Einkommensgerechtigkeit im europäischen Mittelfeld liegt. Während laut Daten des ESS 47 % der Erwerbstätigen in Deutschland ihr Bruttoeinkommen als gerecht bewerteten,

► **Abb 3 Anteil der Erwerbstätigen in verschiedenen europäischen Ländern, die ihr Bruttoeinkommen als gerecht ansehen 2018/2019 – in Prozent**



liegen diese Anteile in vielen süd- und osteuropäischen Ländern deutlich unter 40 %. Die deutschen Nachbarländer Schweiz, Österreich, die Niederlande und Belgien schnitten hingegen mit Werten zwischen 56 % und 65 % deutlich besser ab. Auch in Schweden, Irland, Großbritannien und Norwegen war der

Anteil der Erwerbstätigen, die sich als gerecht entlohnt empfinden, deutlich höher als in Deutschland. Im europäischen Vergleich lässt sich damit für Deutschland durchaus Nachholbedarf beim Thema Einkommensgerechtigkeit konstatieren. Das gilt besonders im Vergleich zu den westeuropäischen Nachbarn. ► **Abb 3**

8.2.3 Gerechtigkeitsbewertung der Einkommensverteilung

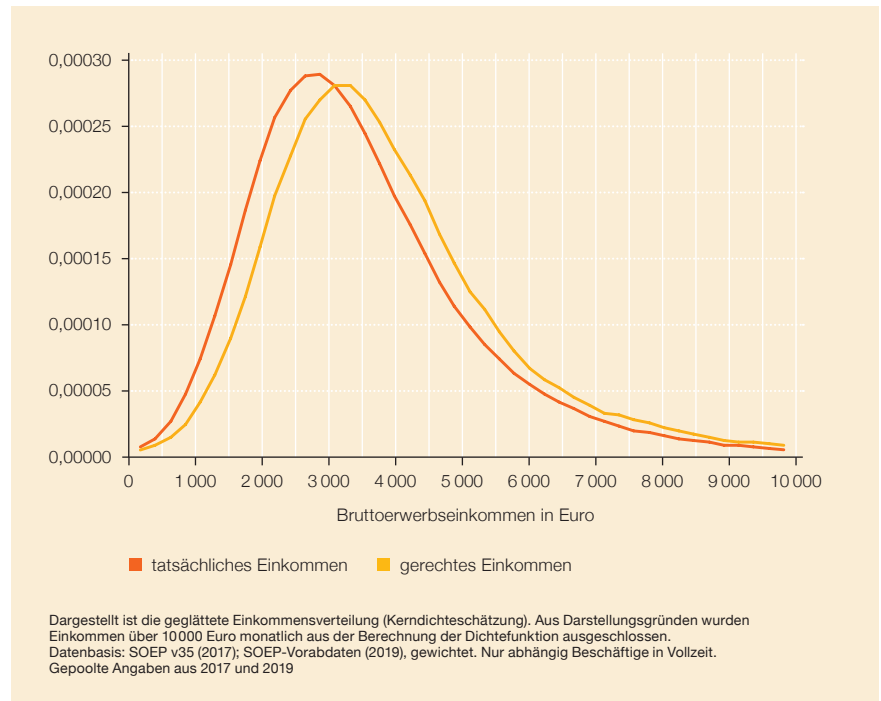
Wie würde die Einkommensverteilung in Deutschland aussehen, wenn alle das Bruttoeinkommen erhalten würden, welches sie als gerecht erachten? In der Befragung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) wurde nicht nur danach gefragt, ob das eigene Einkommen als gerecht wahrgenommen wird, sondern auch nach der Höhe, die das eigene Einkommen haben müsste, um gerecht zu sein. Für Personen, die ihr Einkommen als gerecht bewerten, sind tatsächliches und gerechtes Einkommen identisch, für alle anderen unterscheidet sich der gerechte vom tatsächlichen Einkommensbetrag. Berechnet man aus diesen Angaben eine aus Perspektive der Befragten »gerechte« Einkommensverteilung, kann diese mit der tatsächlichen Einkommensverteilung verglichen werden. Der Vergleich in Abbildung 4 zeigt, dass eine solche »gerechte« Einkommensverteilung gegenüber der realen Verteilung leicht nach rechts verschoben ist, die Beschäftigten in Deutschland in einer »gerechten« Welt also mehr Gehalt für ihre Arbeit bekommen würden. Besonders deutlich ist diese Verschiebung bei Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen. In ihrem Verlauf sind die beiden Einkommensverteilungen dagegen weitestgehend identisch. ► **Abb 4**

Die Verteilung auf Basis »gerechter« persönlicher Einkommen folgt offenbar keinem Gleichheitsideal. Auch wenn alle befragten Beschäftigten das Einkommen bekämen, das sie für sich persönlich als gerecht bewerten, würde es nach wie vor deutliche Einkommensungleichheiten in Deutschland geben. Dies spiegelt sich auch in der vergleichsweise geringen Zustimmung für das Gleichheitsprinzip und der hohen Zustimmung zum Leistungsprinzip wider, die in den europäisch vergleichenden Daten sichtbar wurden. Hier sei jedoch angemerkt, dass für die Berechnung der »gerechten« Einkommensverteilung nur berücksichtigt wurde, welches Einkommen Erwerbstätige in Deutschland für sich selbst als gerecht

betrachten würden. Bei der Frage, wie gerecht die Einkommensverteilung in Deutschland ist, geht es hingegen nicht nur um das eigene Einkommen, sondern auch um die Einkommen anderer. Auch wenn ich mich selbst gerecht entlohnt fühle, kann ich ungerecht finden, was andere Menschen um mich herum verdienen.

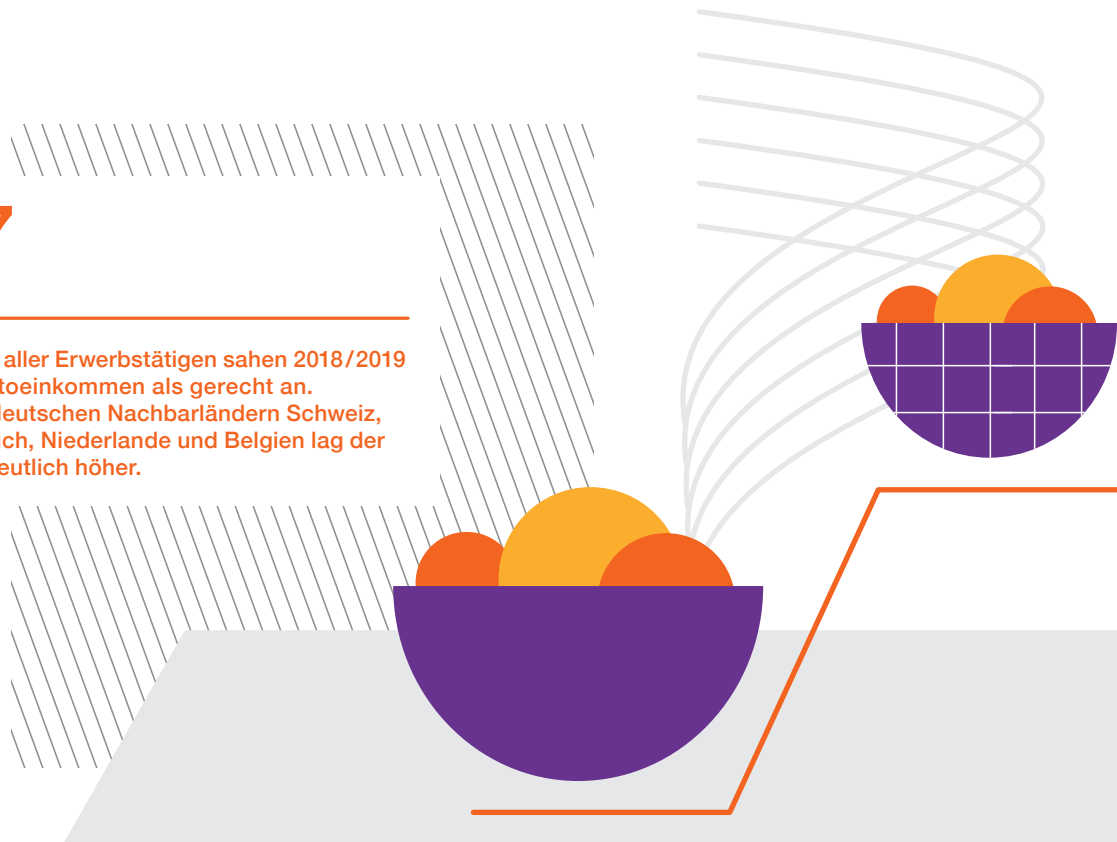
In der 2018/2019 erhobenen 9. Welle des European Social Survey (ESS) wurden alle Befragten gebeten, jeweils anzugeben, wie sie niedrige und hohe Einkommen in ihrem Land bewerten. Dazu sollten die Befragten an die untersten und obersten 10% der höchstverdienenden Vollzeitbeschäftigten denken. Zusätzlich wurden ihnen Informationen zu den tatsächlichen Bruttoeinkommen dieser Gruppe präsentiert. In Deutschland waren die entsprechenden Einkommensgrenzen »über 5 800 Euro« für hohe Einkommen und »unter 1 700 Euro« für niedrige Einkommen. Zur Bewertung verwendeten

► **Abb 4** Tatsächliche und gerechte Verteilung der Bruttoerwerbseinkommen in Deutschland 2017/2019

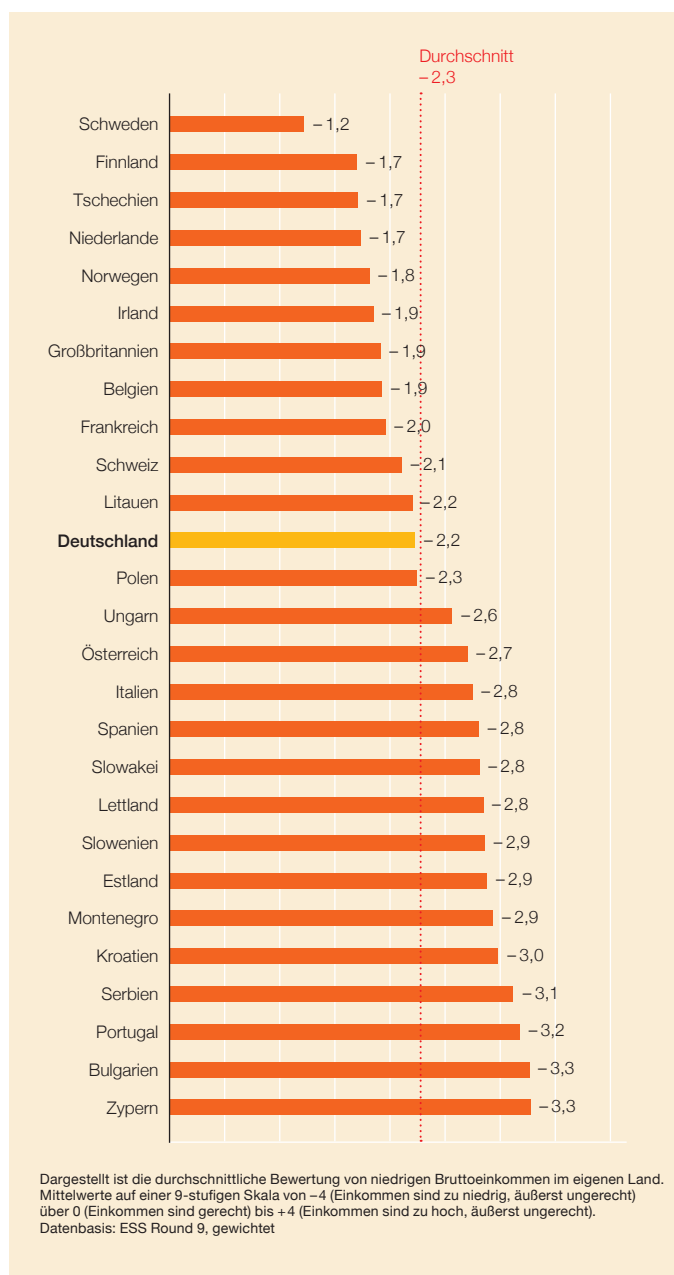


47

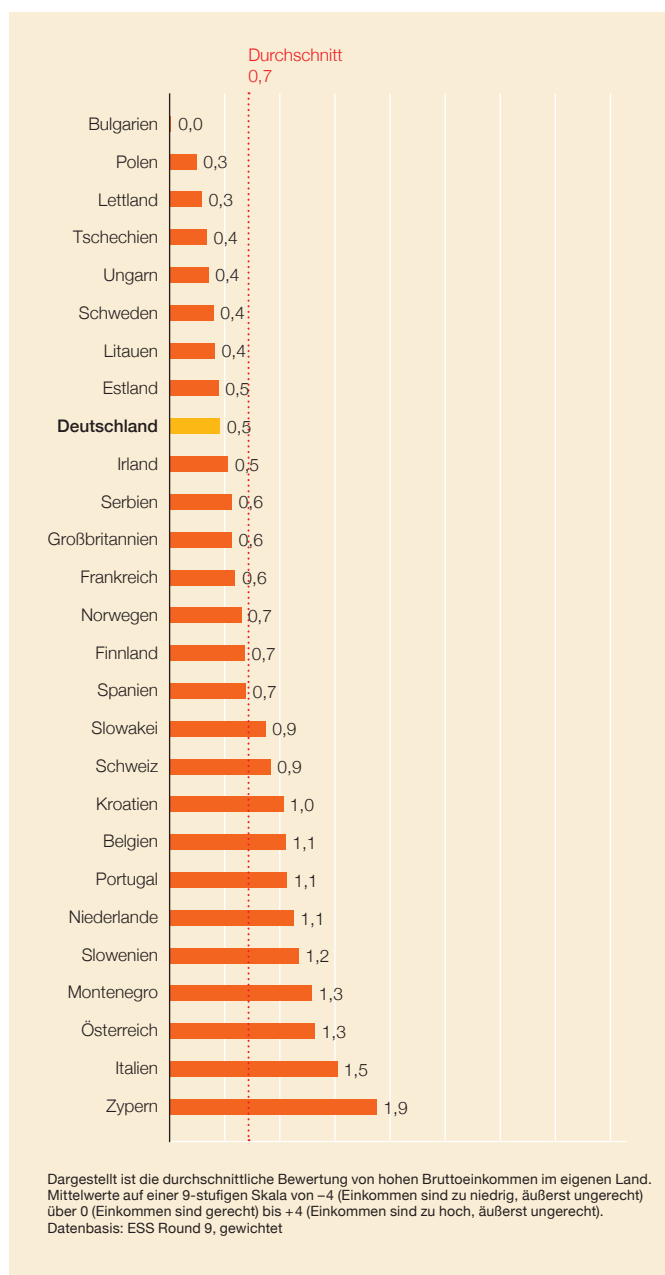
Prozent aller Erwerbstätigen sahen 2018/2019 ihr Bruttoeinkommen als gerecht an. In den deutschen Nachbarländern Schweiz, Österreich, Niederlande und Belgien lag der Anteil deutlich höher.



► **Abb 5** Durchschnittliche Gerechtigkeitsbewertung niedriger Einkommen in Europa 2018/2019



► **Abb 6** Durchschnittliche Gerechtigkeitsbewertung hoher Einkommen in Europa 2018/2019



die Befragten eine 9-stufige Skala, die von -4 »niedrige Einkommen, äußerst ungerecht« über 0 »gerechtes Einkommen« bis +4 »hohe Einkommen, äußerst ungerecht« verläuft. Negative Werte zeigen an, dass die Einkommen als ungerechterweise zu gering bewertet werden, während

positive Werte anzeigen, dass die Einkommen als ungerechterweise zu hoch bewertet werden.

In den Abbildungen 5 und 6 ist die durchschnittliche Bewertung für verschiedene Länder dargestellt. In ganz Europa wurden niedrige Einkommen im Schnitt

als ungerecht und zu niedrig bewertet, hohe Einkommen als ungerecht und zu hoch. Allerdings ist das Ausmaß der empfundenen Ungerechtigkeit in Bezug auf niedrige Einkommen deutlich stärker. Deutschland liegt hier mit einem Wert von -2,2 im europäischen Mittelfeld. Am

geringsten wurden niedrige Einkommen in Tschechien und Finnland als ungerecht eingestuft. Am stärksten wurde die Ungerechtigkeit dagegen in Bulgarien und Zypern empfunden. Hohe Einkommen wurden in Deutschland mit einem Durchschnitt von 0,5 nur in geringem Maße als ungerecht bewertet. Hier gehört Deutschland im europäischen Vergleich eher zu den Ländern, die wenig Ungerechtigkeit bezüglich des oberen Endes der Einkommensverteilung äußern. In Italien und Österreich war die Ungerechtigkeitswahrnehmung hoher Einkommen fast dreimal, in Zypern fast viermal so hoch wie in Deutschland. Übereinstimmend findet sich in diesen drei Ländern eine im Vergleich zu Deutschland deutlich höhere Präferenz für das Gleichheitsprinzip. ▶ Abb 5, Abb 6

8.2.4 Zusammenfassung und Fazit

Eine Grundannahme der empirischen Gerechtigkeitsforschung lautet, dass Ungleichheit vor allem dann mit negativen gesellschaftlichen Konsequenzen verbunden ist, wenn die Ungleichheit als ungerecht bewertet wird. Ein Blick auf die normativen Vorstellungen in Bezug auf eine gerechte Verteilung in Europa zeigt: Die individuelle Leistung und der individuelle Bedarf sind anerkannte Prinzipien für eine gerechte Einkommensverteilung. Die Zustimmung in Deutschland für diese beiden Verteilungsprinzipien liegt noch einmal deutlich über dem insgesamt schon hohen

Niveau des europäischen Durchschnitts. Bei der Zustimmung zum Gleichheitsprinzip, also einer gleichmäßigen Verteilung von Gütern und Lasten, zeigen sich zum Teil deutliche Länderunterschiede. Dabei findet eine Verteilung nach dem Prinzip der Gleichheit in Deutschland eine vergleichsweise niedrige Zustimmung. Nimmt man individuelle Einkommen in den Blick, so waren 2017 und 2019 knapp die Hälfte der Erwerbstätigen in Deutschland der Meinung, dass ihre Bruttoeinkommen gerecht sind. Mit diesen Werten liegt Deutschland im Bereich des europäischen Durchschnitts. Nachbarländer wie die Schweiz, Österreich, die Niederlande und Belgien schneiden jedoch deutlich besser ab. Obwohl viele Menschen in Deutschland ihr Einkommen als ungerecht bewerten, würde eine Einkommensverteilung, die sich daran orientiert, welches Einkommen Erwerbstätige für sich selbst als gerecht ansehen, nach wie vor große Unterschiede aufweisen. Allerdings würden in einer solchen »gerechten« Welt vor allem diejenigen mit niedrigen und mittleren Einkommen mehr verdienen. Auch in Bezug auf die Frage, wie gerecht oder ungerecht die Einkommen am oberen und unteren Ende der Einkommensverteilung wahrgenommen werden, zeigt sich, dass vor allem die niedrigen Einkommen als ungerecht eingestuft werden. Demgegenüber fällt die Ungerechtigkeitswahrnehmung in Bezug auf hohe Einkommen nur schwach aus.